

Ein neuer Berufsauftrag für das Lehrpersonal

Mehr Zeit für Klassenlehreraufgaben, keine Mini-Pensen mehr – Bildungsdirektorin Silvia Steiner wird für ihre Vorlage von vielen kritisiert

ROBIN SCHWARZENBACH

«Die Massnahmen sind ausgewogen, politisch mehrheitsfähig und finanzierbar. Und sie sind umsetzbar, in Zeiten des Lehrermangels ist das ein ganz wichtiger Punkt.» Die einleitenden Worte der Zürcher Bildungsdirektorin Silvia Steiner klangen sehr pragmatisch, als die Mitte-Politikerin am Dienstag vor den Medien ausführte, wie der Regierungsrat den sogenannten neuen Berufsauftrag für Lehrpersonen der Volksschule anzupassen gedenkt. Allzu hohe Erwartungen waren also fehl am Platz – zumal die geplanten Massnahmen über ein Jahr lang in der Vernehmlassung zirkulierten und dort von Parteien, Verbänden und den mitfinanzierenden Gemeinden durchleuchtet worden waren.

Jetzt aber ist klar, wie die Exekutive die Anstellungsbedingungen der Lehrkräfte verbessern und Primar- und Sekundarschulen somit stärken will. Die wichtigsten Punkte der Vorlage lauten:

■ **Höhere Mindestpensen:** Laut dem Vorschlag der Bildungsdirektorin müssen Primarlehrer und Sekundarlehrerinnen im Kanton Zürich künftig mindestens 40 Prozent arbeiten. 35-Prozent-Pensen soll es nicht mehr geben. Myriam Ziegler, die Chefin des Volksschulamts, stellte sich auf den Standpunkt, dass diese minimale Erhöhung die Absprachen zwischen Lehrerinnen und die Stundenplangestaltung der Schulen vereinfachen werde. Aber natürlich wollte man auch künftig familienfreundliche Teilzeitarbeit ermöglichen.

■ **Mehr Zeit für Klassenlehrer:** Statt wie bisher pauschal 100 Stunden pro Jahr und Klasse sollen Klassenlehrer mindestens 120 Stunden zur Verfügung haben für Elterngespräche, Schülergespräche, Koordinationsaufgaben oder zur Vorbereitung von Schulreisen, Klassenlagern oder weiteren Exkursionen. Da nicht jede Klasse gleich viel zu tun gibt, sollen Klassenlehrer auch mehr Zeit eingeräumt bekommen können. Die Bildungsdirektion geht davon aus, dass für diese Aufgaben durchschnittlich 140 Arbeitsstunden pro Jahr notwendig sind.

■ **Administrative Entlastung:** Bis anhin gab es fünf Tätigkeitsbereiche für Lehre-



Das Paket der Zürcher Bildungsdirektorin soll nun deutlich weniger kosten als zunächst angenommen.

DOMINIC STEINMAN / NZZ

rinnen und Lehrer. Künftig wird es nur noch drei geben: «Unterricht», «Zusammenarbeit» und «Weiterbildung». Die Verwaltung will dies als Flexibilisierung verstanden wissen. So soll es laut Ziegler künftig möglich sein, aus dem Pool an Stunden, die für «Zusammenarbeit» vorgesehen sind, einer Klassenlehrerin mehr Zeit zur Verfügung zu stellen. Die obligatorische Zeiterfassung entfällt.

■ **Mehr Zeit und Unterstützung für Berufseinsteiger:** Lehrerinnen und Lehrer sollen während oder nach dem Studium von sogenannten Fachbegleitern betreut werden, also erfahrenen Lehrern am Arbeitsort. Dies während der ersten zwei Jahre im Beruf. Ebenfalls in den ersten zwei Jahren erhalten Berufseinsteiger mehr Zeit, um ihre Lektionen vor- und nachzubereiten. Statt wie bisher 59,5 Stunden im Jahr pro Wochen-

lektion werden hierfür neu 61 Arbeitsstunden veranschlagt, eine weniger als vor der Vernehmlassung vorgesehen.

■ **Nicht mehr Zeit für die Vorbereitung der Schulstunden:** Vor einem Jahr war geplant, dass auch die übrigen Lehrpersonen mehr Zeit erhalten sollen für die Vorbereitung des Unterrichts, nämlich 60 statt 58 Stunden pro Jahr und Wochenlektion. Doch jetzt bleibt hier alles beim Alten. Myriam Ziegler machte bei diesem Punkt nicht nur die höheren Kosten geltend, die zwei Stunden mehr Vorbereitungszeit für alle Lehrerinnen und Lehrer bedeutet hätten. Mehr Vorbereitungszeit würde weniger Unterricht pro Lehrperson nach sich ziehen – und somit laut Berechnungen des Volksschulamts auf einen Mehrbedarf von 600 Lehrerinnen und Lehrer im ganzen Kanton hinauslaufen.

■ **Mehr Geld für Schulleitungen:** Die operative Führung von Primar- und Sekundarschulen ist in den vergangenen Jahren immer anspruchsvoller geworden. Krisenphasen wie die Coronapandemie oder die Flüchtlingswelle aus der Ukraine, aber auch die Rekrutierung fähigen Personals verlangten Profis an der Spitze, findet die Bildungsdirektion. Und die sollen angemessen bezahlt werden: Laut der Bildungsdirektion sollen Zürcher Schulleiterinnen und Schulleiter eine Lohnklasse nach oben verschoben werden. Nimmt man die kantonalen Lohnstabellen für 2024 zum Massstab, würden diese Berufsleute je nach Stufe und Erfahrung also zwischen 126 816 und 185 152 Franken im Jahr verdienen. In der bisherigen Lohnklasse bewegt sich der Grundlohn exakt zwischen 119 223 und 172 818 Franken. Die Führungsgremien der Schulen sol-

len ebenfalls ausgebaut werden. Allerdings sollen die Schulen dafür lediglich 30 zusätzliche Stellenprozent erhalten. Vor der Vernehmlassung waren 50 Prozent mehr vorgesehen als heute.

■ **Tiefere Kosten als vorgesehen:** Die Kosten der vorgeschlagenen Massnahmen fallen deutlich moderater aus als vor der Vernehmlassung. Für ihr ursprüngliches Vorhaben rechnete die Bildungsdirektion 2023 mit 150 Millionen Franken pro Jahr. Jetzt geht man von wiederkehrenden Kosten von 67 Millionen Franken aus. 13 Millionen davon würde der Kanton finanzieren, den Rest hätten die Gemeinden zu tragen.

Das Paket schafft Gewinner und Verlierer. Zu den Gewinnern gehören die Schulleitungen. Lehrerinnen und Lehrer hingegen dürften nicht mehr Zeit erhalten, um ihre Lektionen vorzubereiten.

Silvia Steiner indes zeigt sich überzeugt, dass man Lehrer am besten entlaste, wenn die Schulleitung ihnen «für ihr Kerngeschäft» den Rücken freihalte. Die Schulen stünden in der Verantwortung, ihre Ressourcen sinnvoll einzusetzen. Weniger Lektionen pro Lehrperson ist für die Bildungsdirektorin keine Option. Das würde zu noch mehr Ansprechpersonen für Schüler führen, sagte Steiner.

Unter den Parteien löste die Vorlage gemischte Reaktionen aus. Die FDP begrüsst zwar, dass Klassenlehrer mehr Zeit bekommen, die Vorbereitungszeit für den Unterricht aber gleich belassen wird. Ob die Schulleitung den Lehrerinnen und Lehrern tatsächlich den Rücken freihalten wird, steht für die Partei nicht fest. «Schule muss wieder einfacher werden», schreibt die FDP in einem Communiqué. Lehrer sollen unterrichten und sich nicht mit unnötigen Projekten und Formularen herumschlagen müssen.

Die SP hingegen bedauert, dass Klassenlehrer nicht mehr Zeit bekommen sollen. Ähnlich äussern sich die Grünen. Die Alternative Liste bezeichnete die Vorlage gar als «Ohrfeige» für Lehrerinnen und Lehrer. So weit möchte Christian Hugi nicht gehen. Der Präsident des Zürcher Lehrerverbands ist enttäuscht über die Vorlage. Er setzt jedoch darauf, dass der Kantonsrat Korrekturen vornehmen wird.

Das Ringen um Nänikon

Der westliche Teil von Uster will zu Greifensee wechseln – das Stadtparlament lehnt die Initiative fast geschlossen ab

STEFAN HOTZ

Man wähnt sich in einer griechischen Tragödie oder einem Drama von Shakespeare. Martin Bornhauser, der einstige Stadtpräsident von Uster, ist an seinen früheren Tatort zurückgekehrt. Im Parlamentsaal von Uster erläutert er, warum der Stadtteil Nänikon, in dem er seit über fünfzig Jahren lebt, zur Nachbargemeinde Greifensee wechseln will.

Seine Nachfolgerin und Parteikollegin Barbara Thalmann (SP) entgegnet engagiert, warum die Volksinitiative, die diesen Prozess einleiten soll, Uster Schaden zufügt. Zum widersprüchlichen Bild passt, obwohl nicht anwesend, der in Uster wohnhafte einstige Stadtpräsident Hans Thalmann (im Amt von 1986 bis 1998) und Vater der gegenwärtigen Stadtpräsidentin. Er gehört dem Unterstützungskomitee der Initiative an.

Was ist los in Uster? Zur Beruhigung: Es fliesst kein Blut, alle gehen freundlich miteinander um. Auch viele Nänikerinnen und Näniker im Publikum trinken später ein Glas Wein am Apéro, den das Ustermer Parlament nach seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien offeriert. Aber da ist auch eine schwer verständliche Entfremdung, zu der dieses Jahr eine Entscheidung fällt, die das Problem kaum lösen wird.

Die Aussenwachen Nänikon und Werrikon mit heute rund 3000 Einwohn-



Martin Bornhauser
ehemaliger
Stadtpräsident
von Uster

nerinnen und Einwohnern gehören seit fast hundert Jahren zu Uster. Nänikon ist mit Greifensee zusammengewachsen und bildet mit der Nachbargemeinde eine Sekundarschulgemeinde. Dieser Zustand ist laut kantonalem Gemeindegesezt rechtswidrig. Die Aussicht, dass eine «Grenzvereinbarung» durch den Bezirksrat verfügt wird, bildete für die Sessionsbestrebung in Nänikon den Auslöser, aber mehr nicht.

Hohe Einnahmeausfälle

Es bestand bereits eine Distanz zwischen der Aussenwacht und dem Zentrum. Nun wurde mit einer Einzelinitiative in der Sekundarschulgemeinde Nänikon-Greifensee die Frage nach einem Wechsel von Nänikon zur politischen Gemeinde Greifensee aufgeworfen. Sie erhielt im Frühling 2022 sowohl in Nänikon als auch in Greifensee überraschend mehr als 90 Prozent der Stimmen.

Ein Jahr später lancierte das nach der Näniker Postleitzahl benannte Komitee 8606 in der Stadt Uster die Volksinitiative «Zusammenführen, was zusammengehört». Die Forderung nach dem Gemeindegesezt von Nänikon wurde Ende 2023 eingereicht und am Montag im Stadtparlament behandelt. Der Gemeinderat von Greifensee nahm das Anliegen in seine Legislaturziele auf.

Zuvor hatte der Stadtrat zusammengetragen, weshalb die Abspaltung von Nänikon für Uster grosse Nachteile bringen würde. Er schätzt die Einnahmeausfälle auf rund 13 Millionen Franken im Jahr. Diese liessen sich nur zum Teil mit Einsparungen kompensieren, weshalb der Abbau von Leistungen oder die Erhöhung der Steuern nötig werde.

Für die Regierung würde der Schritt die Position von Uster als Regionalzentrum schwächen. Die Vorbereitung binde in der Verwaltung während Jahren Kräfte, worunter andere Projekte litten. Die Initiative schlägt ein zweistufiges Vorgehen vor: erst die Grundlagen erarbeiten, dann in spätestens vier Jahren über den Wechsel entscheiden. Laut Stadtrat verursacht aber schon der erste Schritt Kosten von gegen einer Million Franken.

Martin Bornhauser hatte mit Polemik gegen die Initiative gerechnet. Doch es sei schlimmer gekommen, sagte er vor dem Parlament. Der Stadtrat habe ein Schreckensszenario an die Wand gemalt.

Nänikon fühle sich schlecht behandelt. Die Initianten stellen die Ausgangslage so dar, dass zunächst eine «Ausgeordnung» zu erstellen sei. Im Initiativtext wird jedoch eindeutig verlangt, es sei mit Greifensee ein Vertrag auszuarbeiten.

Unterstützung erhielt die Initiative von der SVP. Man müsse erst die Fakten und Zahlen prüfen, forderte ihr Sprecher. Das ist insofern überraschend, als die SVP damit im Widerspruch zur lokalen Wirtschaft steht. Laut dem Stadtrat bezeichneten die Standortförderung, der Gewerbeverband und das Wirtschaftsforum Uster in schriftlichen Stellungnahmen den Weggang von Nänikon für Uster als «katastrophal».

Fusion statt Abspaltung

Tatsächlich ist das Bild der ländlichen Aussenwacht schief. Beim Bahnhof Nänikon gibt es ein Industriegebiet mit laut Stadtrat 190 Betrieben und rund 2000 Beschäftigten. Im Zentrum von Uster, einst geprägt von zahlreichen Textilfabriken, ist nicht mehr viel Industrie vorhanden. Mit Nänikon würde die Stadt also auch eines ihrer wichtigsten Arbeitsplatzgebiete verlieren.

Ausserhalb der SVP war sich das Parlament einig, das die Initiative mit 22 gegen 8 Stimmen ablehnte. Die Abspaltung von Nänikon würde für Uster einen Verlust auf der ganzen Linie be-

deuten, sagte der Sprecher der vorberatenden Kommission. Das Vorhandensein von Gemeindegrenzen müsse kein Grund dafür sein, sich dem einen oder dem anderen Ort weniger zugehörig zu fühlen, so ein FDP-Vertreter. Schliesslich bewege man sich in Richtung funktionaler Räume und grösserer Verwaltungseinheiten. Tatsächlich hatten mehrere Parteien als Reaktion auf die Initiative einen Vorstoss eingereicht, es sei eine Fusion von Uster mit Greifensee zu prüfen. Damit würde dessen Grenze zu Nänikon auch hinfällig. Der Stadtrat von Uster befürwortete diese Stossrichtung grundsätzlich.

Doch in dieser Sache geschieht vorerst nichts. Erst kommt voraussichtlich im November die Näniker Initiative vor Volk. In Uster herrscht eine gewisse Ratlosigkeit. Es sei schlicht kein Grund für einen Gemeindegesezt zu erkennen, wurde gerätselt. Tatsächlich betonten die Initianten immer, ihr Anliegen richte sich nicht gegen Uster. «Es herrscht kein Groll. Wir sind nicht unglücklich», sagte am Montag auch Martin Bornhauser. Die Näniker fühlten sich einfach zu Greifensee hingezogen, die bestehende Grenze entspreche nicht mehr der gelebten Realität. Es gehe um eine Herzensangelegenheit. Zuvor hatte schon die Stadtpräsidentin Barbara Thalmann betont, die Zugehörigkeit von Nänikon zu Uster sei eine Herzensangelegenheit.